

51 Prozent

Die Grenzen des Hashtag-Feminismus



Nicole Althaus

Verrutschte Blicke und anzügliche Bemerkungen der Bauarbeiter auf dem Weg zur Schule. Ungefähr so hätte mein Beitrag zum #Schweizer Aufschrei wohl gelaute. Eine Anklage unter vielen wäre er geblieben. Denn mehr als ein Vorwurf lässt sich nicht in 140 Zeichen packen. Differenziertheit jedenfalls sprengt die erlaubte Länge eines Tweets. Exakt deshalb löste diese Hashtag-Aktion keine Debatte über Sexismus aus, sondern bloss einen männlichen Wehsschrei auf den weiblichen Aufschrei. Statt diskutiert wurde zementiert. Binnen einer Woche sahen sich alle in ihren gut sortierten Weltbildern bestätigt: Die Männer, die doch schon lange predigen, dass diese Emanzen einfach überreagieren, jammerten, jedes Kompliment werde sofort zum Übergriff umdefiniert. Die überraschungsfreie, ja vorhersehbare Reaktion von Köppel und Co. diente wiederum den Hashtag-Feministinnen als Beweis, wie bitter nötig der Schweizer Aufschrei war.

Nicht gesagt bleibt all das, was vielleicht tatsächlich eine Debatte wert wäre, aber zu kompliziert ist, um in einen Tweet gepackt

zu werden. Nicht gesagt bleibt, dass die verrutschten Blicke der Bauarbeiter das damals 14-jährige Mädchen gleichzeitig beschämten und bestätigten und dass es dieses Paradox der Gefühle ist, das eine unmittelbare und angemessene Reaktion auf Sexismus oft verunmöglicht. Nicht gesagt bleibt auch, dass die verrutschten Blicke den Moment markierten, in dem sich das Mädchen das erste Mal als Frau fühlte. Und dass dieser Moment einer ist, den es mit Generationen von Frauen teilt. Nicht der unvermeidliche rote Fleck in der Unterhose, nicht die erfahrbare Veränderung des Körpers nämlich ist es, die das Ende der weiblichen Kindheit kennzeichnet, sondern die männliche Reaktion darauf.

An der bis heute ungebrochenen Definitionsmacht des Äusseren ist allerdings nicht nur der taxierende männliche Blick schuld, sondern auch der abhängige weibliche. Auch das bleibt ungesagt. Wenn die weltweiten Sexismus-Tweets etwas ans Licht gebracht haben, dann die Widersprüche, in die beide Geschlechter verstrickt sind: So soll der heterosexuelle Mann das Privileg der Führung abgeben, die Pflicht der Verführung allerdings bleibt an ihn delegiert. Wer den ersten Schritt machen muss, der läuft immer Gefahr, dass ein Versuch der Annäherung als sexistische Anmache empfunden wird. Und die Tipps, die eine junge Journalistin im «Blick am Abend» aus der komfortablen Position des Flirt-Objektes abgegeben hat («So sprichst du eine Frau an, ohne sexistisch zu sein»), sind so gut gemeint wie einige der



Statt diskutiert wurde zementiert. Binnen einer Woche sahen sich alle in ihren gut sortierten Weltbildern bestätigt.

plumpen Komplimente - aber nicht minder sexistisch: Sie reduzieren den Mann auf einen Trumpf, der eine Abfuhr als Affront sieht und die Frau als Ware.

Schwierig ist die Abkehr von männlichen Likes in Form von Blicken und Pfiffen auch für das sogenannt schöne Geschlecht. Die gesamte feministische Diskussion um die Unsichtbarkeit der Frau im mittleren Alter zeugt davon. Wie abhängig das weibliche Selbstbild vom männlichen Begehren ist, beweisen die Unsummen an Geld, welche Frauen in Form von operativen Eingriffen in ihr Äusseres investieren. Natürlich kann die Frau das wiederum entschuldigen, indem sie sich zum Objekt männlicher Ansprüche macht und sich auf die patriarchale Ordnung beruft. Falsch liegt sie damit nie, doch das Veränderungspotenzial dieser Haltung ist ähnlich gering wie das des Schweizer Aufschreies.

Der Anklage-Modus ist ausgereizt. Es braucht neue Ideen. Und obschon ich keine Freundin der Tinderisierung unserer Gesellschaft bin, scheint mir der Ansatz, der am diesjährigen Gurtenfestival probiert wurde, vielversprechender als ein Hashtag: Wer am Open-Air einen grünen Bändel trug, war Single, orange stand für vergeben und gelb war der Code für «Offen für alles». Das kommt einer Kapitulation im Geschlechterdiskurs gleich. Aber vielleicht ist sie für einen Neuanfang notwendig.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Alles, was Recht ist

Drei Antworten auf die Flugzeugfrage



Markus Felber

Darf ein Flugzeug mit 164 Menschen an Bord abgeschossen werden, nachdem es in die Gewalt von Terroristen geraten ist, die es über einem mit 70 000 Menschen besetzten Fussballstadion zum Absturz bringen werden? Die unlängst in einem Fernsehfilm aufgeworfene Frage ist berechtigt, denn sie wird sich vermutlich früher oder später auch in der Realität stellen. Antworten auf die Frage gibt es halbwegs nüchtern betrachtet mindestens drei: eine verfassungsrechtliche, eine strafrechtliche und eine politische.

Die verfassungsrechtliche Antwort hat das deutsche Bundesverfassungsgericht bereits 2005 gegeben, als es die neu geschaffene gesetzliche Regelung der Abschussproblematik aus den Angeln hob. Die Würde der Flugzeugpassagiere sei derart unantastbar, dass sie der Staat auch nicht opfern dürfe, um das Leben einer viel grösseren Zahl anderer Menschen zu retten. Der Richter rechnet nicht, sagten schon die alten Römer. Und das gilt besonders für Staatsrechtler und ihre etwas abgehobene Denkweise.

Mit dem Verdikt gaben die Richter in Karlsruhe für die strafrechtliche Antwort vor, dass die Tötung der unschuldigen Flugzeuginsassen (anders verhält es sich mit den Terroristen) rechtswidrig ist. Das heisst nun aber nicht, dass der für den Abschuss Verantwortliche auch schuldig ist. Er könnte, sagen Strafrechtler, durchaus von Schuld und Strafe freigesprochen werden. Dogmatisch sauber zu begründen wäre der Freispruch mit dem Konstrukt des übergesetzlichen Notstands.

Bei der politischen Antwort schliesslich dürfte vermutlich genau die zynische Erbsenzählerei einsetzen, welche die Verfassungsrichter so klar ablehnten. Anders als der Richter rechnet die Politik nämlich durchaus. Sie würde den für die innere Sicherheit zuständigen Minister wohl für den Tod der 70 000 Menschen im Stadion zur Verantwortung ziehen, wenn er dem fatalen Geschehen mit Rücksicht auf 164 Menschenleben seinen Lauf gelassen hätte.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

Die E-Mail-Debatte

«Das Christentum war lange Zeit extrem fanatisch»

Jacqueline Badran ist Mitglied einer Kirche, aber nicht religiös. Mit Gregor Rutz streitet sie darüber, was die christlich-abendländischen Werte bedroht

Gregor Rutz

Unser Land zeichnet sich aus durch Toleranz und religiösen Frieden. Die Kirchenhoheit liegt bei den Kantonen, was den verschiedenen Mentalitäten und Kulturen Rechnung trägt. Religionsfreiheit, aber auch persönliche Freiheit sind elementare Werte unserer Verfassung. Doch heute sind wir zunehmend mit Personen konfrontiert, die unsere Gesetze ablehnen. Sie stellen ihre religiösen Regeln über alles andere. Dies führt zu gefährlichen Spannungen. Es wird hier kein «Religionskonflikt herbeigeredet», wie es Ihr Parteipräsident behauptet. Im Gegenteil: Dieser Konflikt ist in vollem Gange - und wir müssen schauen, dass wir unsere Rechtsordnung durchsetzen und unsere christlich-abendländischen Werte schützen können. Macht Ihnen dies keine Sorge?

Jacqueline Badran

Doch, sehr. Alles, was mit Fanatismus zu tun hat, lässt mich schaudern. Egal, ob er religiös aufgeladen ist oder politisch wie bei den aufkeimenden Neonazis. Ich bin froh, dass bei uns Religion mehrheitlich Privatsache ist. Es sind die politisch aufgeladenen Religionsinterpretationen, die uns Sorgen bereiten. Der politische Islam oder krasse evangelikale Strömungen. Insofern wäre ich vorsichtig mit dem Begriff «Religionskonflikt». Definieren Sie doch die christlich-abendländischen Werte. Die Diskriminierung der Frauen oder das Verbot von Verhütung oder Homosexualität im Katholizismus meinen Sie ja kaum. Es sind die Werte der Aufklärung, die uns zusammenhalten und die ich verteidigen will: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, den demokratischen säkularen Rechtsstaat, die Würde von Mensch und Natur.

Gregor Rutz

Die Trennung zwischen Kaiser und Gott, also zwischen religiösem und weltlichem Bereich, ist eine Errungenschaft des Christentums. Der Staat schreibt keine Weltanschauung mehr vor, die Kirche verzichtet umgekehrt auf Gebietsansprüche und

Debattierer



Jacqueline Badran, 54, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

unmittelbare politische Geltung. Diese Unterscheidung macht der Islam nicht: Religiöse Gesetze sind allem übergeordnet, die islamische Gesetzesordnung betrachtet sich als vollständig, so dass weltliche Gesetze überflüssig werden. Das ist der entscheidende Unterschied. Für mich gibt es da nur eine Antwort: Wer unsere Rechtsordnung nicht beachten will, hat in der Schweiz nichts verloren. Das müssen wir durchsetzen - um die Werte der Aufklärung bewahren und stärken zu können!

Jacqueline Badran

Es ist noch nicht so lange her, dass wir Kreuzzüge, Inquisition und Hexenverbrennungen in Europa hatten. Das Christentum war lange Zeit extrem fanatisch. Noch viel weniger lang ist es her, dass religiös motivierte Gesetze unseren Alltag bestimmten: mit Verboten von Konkubinat, Homosexualität oder Fristenlösung, mit dem alten Familienrecht, wo der Mann Herr über die Frau war und die Frau seine Unterschrift brauchte, um arbeiten zu dürfen. All das habe ich noch erlebt. Und wer hat all diese religiös motivierten Unfreiheiten verteidigt? Es war Ihre SVP. Blocher hat das neue Eherecht wie ein Besessener bekämpft. Und wer hat für die Befreiung von all diesen antiaufklärerischen Absurditäten gefochten? Wir, die SP. Ich finde es reichlich verlogen, wenn ausgerechnet Sie jetzt für eine Distanz des Staats zur Religion werben. Kommt dazu, dass Sie mit Minarett- und Burkaverboten Scheinlösungen für sehr ernsthafte Probleme - existierende Wertekonflikte und drohende Parallelgesellschaften - präsentieren. Genau damit konstruieren Sie einen Religionskonflikt.

Gregor Rutz

So ein Unsinn. Die Zuwanderung von immer mehr Muslimen stellt uns vor die Frage, wie wir mit unseren freiheitlichen Werten umgehen. Ich will die christlich-abendländische Kultur stärken und keine religiöse Weltordnung, wie es der Islam vorsieht. Unsere Gesetze gelten für alle, die in der Schweiz

leben - unsere Rechtsordnung ist konsequent durchzusetzen! Es ist bedenklich, dass die SP alle dahingehenden Vorstösse ablehnt. Gegenüber Intoleranz darf man nicht tolerant sein. Um Parallelgesellschaften zu verhindern, müssen wir die lasche Asyl- und Ausländerpolitik verschärfen. Wir müssen wieder funktionierende Grenzkontrollen einführen. Wir müssen die Zuwanderung stoppen und aufhören, mit «Integrationsprojekten» immer noch mehr Ausländer in die Schweiz zu holen! Die Konflikte sind nicht konstruiert - sie bestehen. Lösen können wir sie nur, wenn wir den Zuwanderern klipp und klar sagen, was in unserem Land gilt!

Jacqueline Badran

Eine islamistische Weltordnung ist selbstverständlich eine Horrordarstellung. Unsere Rechtsordnung ist ohne Wenn und Aber durchzusetzen. Ich selbst bin Mitglied der reformierten Kirche. Nicht weil ich religiös wäre, sondern weil ich viele von deren Werten teile, wie die Würde und Gleichheit des Menschen sowie die Demut vor der Natur (oder Schöpfung). Danach versuche ich - und ich glaube auch die SP - zu leben. Ihre Partei nicht. Die SVP unterstützte in Zürich eine Initiative zur Abschaffung der Unternehmenssteuer an die reformierte Kirche. Die SP war dagegen. Sie wollen aus der Menschenrechtskonvention austreten, welche die Menschenwürde vor Staatswillkür schützt. Sie torpedieren nachweislich und ständig die Gleichheit vor dem Gesetz (oder Gott) und schaffen Privilegien. Es wäre Zeit, dass die Medien das einmal aufzeigen. Und wenn Sie weniger Zuwanderung wollen, damit wir weniger Wertekonflikte haben, dann helfen Sie, Armut und Krieg zu bekämpfen, statt Waffenexporte nach Saudi-Arabien zu befürworten und Diktatoren und Steuerbetrüger zu schützen, die ihr Geld hier bunkern. Sie halten sich weder an aufklärerische noch an christliche Werte. Das ist Bigotterie. Ihre Partei macht in der realen Politik genau das Gegenteil von dem, was sie phrasenmässig stets herunterbetet (sic!).

Strittis Schlagzeile

Zur Auswahl möglicher Kandidaten als Schweizer Staatschef.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.